



Marlene Mortler

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AG ELF) der CSU

Statement

Pressekontakt:

Daniela Seifart
Tel.: +49 9123 999 00 51

seifart@marlenemortler.eu

Marlene Mortler MdEP
EUROPÄISCHES PARLAMENT
BRU – ASP 14 E 116
Rue Wiertz 60| B-1047 Brüssel
Tel.: +32 2 28 473 12

marlene.mortler@europarl.europa.eu

Bürgerbüro LAUF

Brücker Allee 1
91207 Lauf a.d.Pegnitz
Tel.: +49 9123 999 00 51

Bürgerbüro ROTH

Kugelbühlstraße 9
91154 Roth
Tel. +49 9171 1377
Fax. +49 9171 87 003

mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Einigung bei Agrarministerkonferenz: „Guter Kompromiss für unsere bayerischen Bäuerinnen und Bauern“

Brüssel, 26. März 2021: Zur Einigung bei der Agrarministerkonferenz in Berlin über den deutschen Strategieplan zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erklärt Agrar- und Ernährungspolitikerin Marlene Mortler (CSU):

Gute Nachrichten für unsere Bäuerinnen und Bauern aus Berlin: Die Agrarministerinnen und -minister der Länder haben sich auf eine gemeinsame Linie für einen deutschen Strategieplan zur GAP geeinigt. Dieser ist Voraussetzung, dass Gelder aus Brüssel weiterfließen können. Staatsministerin Michaela Kaniber hat für unsere bayerischen Landwirte einen guten Kompromiss errungen: Bei den Direktzahlungen bleibt ein Anteil von rund 60 Prozent vollumfänglich einkommenswirksam, d.h. es kommt zu 100 Prozent bei den Betrieben an. Außerdem sollen kleinere Betriebe durch einen erhöhten Zuschlag von zwölf Prozent gefördert werden. 25 Prozent der EU-Direktzahlungen sollen für mehr Umwelt- und Klimaschutz zur Verfügung stehen, beispielsweise für Ackerbrachen, Blühflächen uvm. Junglandwirte sollen durch gezielte Zahlungen noch besser als bisher unterstützt werden. Ein klares Signal, dass grüne Berufe Zukunft haben und haben sollen.

Deutschland hat nun seine Position beschlossen, das war ein wichtiger Schritt. Jetzt gehen die Verhandlungen in Brüssel weiter – mit einer starken und geschlossenen Stimme aus dem Bund.

Bleibt zu hoffen, dass die Vertreterinnen und Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen bei ihrer Haltung bleiben und weitere Verhandlungen, auch auf europäischer Ebene, nicht wieder künstlich in die Länge ziehen und torpedieren.